

Die Zukunft der europäischen Gemeinschaftswährung

Die EZB haftet wie alle anderen Gläubiger

Fragen und Antworten nach dem vor allem von Deutschland kritisierten Ankaufbeschluss der Währungshüter

Von unserer Korrespondentin
Sabine Brendel

BRÜSSEL. Die Europäische Zentralbank (EZB) wandelt sich trotz Widerstands aus Deutschland immer mehr zur Krisen-Feuerwehr. Die Währungshüter beschlossen, unter bestimmten Bedingungen gebeutelten Euro-Ländern beizuspringen. Fragen und Antworten:

Was planen die Euro-Hüter?

■ Die EZB will an den Finanzmärkten wieder Schuldscheine von Krisenstaaten kaufen – Obergrenzen gibt es dafür nicht. Das soll Spanien oder Italien finanziell entlasten. Denn vergrößert die EZB den Kreis potenzieller Anleihen-Käufer, steigert das die Nachfrage. Das drückt, so die Theorie, die Zinsen, die Krisenstaaten zahlen müssen, wenn sie sich bei

Banken, Versicherern und anderen Investoren Geld borgen. Die EZB stellt erstmals Bedingungen für solche Anleihen-Käufe. Ein Staat müsse beim Euro-Rettungsfonds um Nothilfe gebeten haben, sagte Draghi. Kredite aus dem Nottopf gibt es nur, wenn der hilfesuchende Staat sich im Gegenzug strengen Spar- und Reform-Auflagen unterwirft. Im Kampf gegen die Schuldenkrise hatte die EZB bereits Staatsanleihen darübender südeuropäischer Länder gekauft – jedoch ohne Bedingungen zu stellen. Bisher gab sie dafür mehr als 200 Milliarden Euro aus. Mit diesen bedingungslosen Käufen ist nun Schluss.

Warum verschärft die EZB ihren Krisenkampf?

■ Sie begründet das mit der Schiefelage im Euro-Währungsraum. Der sei zersplittert.

Deutschland und andere nordeuropäische Staaten zahlen derzeit kaum oder keine Zinsen, wenn sie sich Geld an den Finanzmärkten borgen. Südeuropäischen Ländern misstrauen Investoren dagegen. Spanien oder Italien müssen teils hohe Kreditzinsen zahlen. Dieses Ungleichgewicht sei „schlecht“, wertet der oberste Euro-Hüter Draghi. An den Finanzmärkten kursierten unbegründete Sorgen um die Zahlungs- und Reform-Fähigkeit dieser Staaten. Diese Sorgen führten zu höheren Zinsen und damit zu realen Schwierigkeiten für die Länder. Dieser Teufelskreis müsse durchbrochen werden.

Was entgegnet die EZB Kritikern?

■ Eigentlich ist der EZB eine dauerhafte Finanzierung von Staaten verboten. Ihre Hauptaufgabe ist es, die Preise im Euro-Raum im Zaum zu halten. Die Inflation soll mittelfristig nicht mehr als zwei Prozent betragen. Draghi betonte, die Zentralbank verstoße mit dem geplanten Kaufprogramm nicht gegen EU-Recht. Ihr sei es lediglich verboten, Staaten direkt Geld zu leihen. Nicht verboten sei ihr dagegen, Anleihen an den Finanzmärkten zu erwerben. Draghi versuchte auch, Befürchtungen zu entkräften, dass die EZB-Schützenhilfe einer Regierung Anreize bieten könne, schmerzhaft Spar- und Reform-Anstrengungen abzuschwächen. Die EZB werde nur Anleihen kaufen, solange ein Staat am vereinbarten Sanierungskurs festhalte.

Können sich Regierungen in Kri-



Hat sich durchgesetzt: EZB-Chef Mario Draghi.

FOTO: DPA

senstaaten jetzt zurücklehnen?

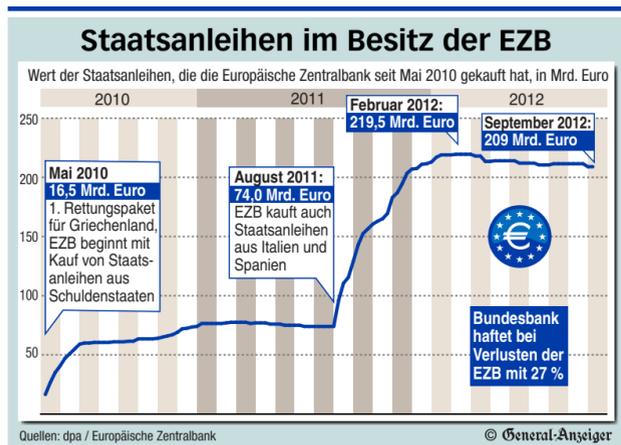
■ Nein. Draghi mahnte die Politiker erneut mit deutlichen Worten, ihre Aufgaben zu erfüllen. Es liege vor allem an ihnen, die Euro-Schuldenkrise einzudämmen und Fehler der Vergangenheit auszubügeln. Der Unterstützung der EZB können sich willige Regierungen sicher sein. Draghi bekräftigte, die EZB werde alles ihr Mög-

liche tun, um den Euro zu retten. Sein Mantra: „Der Euro ist unumkehrbar.“

Was kommt auf die Steuerzahler zu?

■ Die Risiken für Deutschland und die anderen Eigner-Länder der EZB steigen, wenn die EZB in großem Stil Schuldscheine von Krisenländern kauft. Denn die EZB gehört

den europäischen Staaten. Diese haften damit für mögliche Verluste aus Zentralbank-Geschäften. Zudem gibt die EZB bei dem neuen Kaufprogramm ihren Status als „bevorzugter Gläubiger“ auf. Das bedeutet, dass sie in gleichem Maße wie alle anderen Anleihen-Besitzer haftet, falls ein Staat Schulden nicht oder nur teilweise begleichen kann.



Ausbildung, Jobs und gute Worte

So will Deutschland Spanien auf dem Weg aus der Krise helfen

Von unserem Korrespondenten
Ralph Schulze

MADRID. Ein strahlend blauer Sommerhimmel empfing Bundeskanzlerin Angela Merkel in der spanischen Hauptstadt Madrid. Auch Spaniens sonst so trüb ausschauernder Regierungschef, der konservative Mariano Rajoy, rang sich ein Lächeln ab, als seine deutsche „amiga Angela“ zum bilateralen Krisengipfel eintraf. Obwohl Streit in der Euro-Krise die Harmonie zwischen den beiden stört, bemüht sich die beiden Konservativen, den deutsch-spanischen Schulterschluss zu inszenieren. Rajoy lobte „Alemania“ sogar als Vorbild: „Deutschland hat vieles sehr gut gemacht.“

Merkel bedankte sich: Das Krisenland Spanien, beliebtestes Auslandsreiseziel der Teutonen, sei mit seinen Reformen auf dem „richtigen Weg“. Sie habe „volles Vertrauen“ zur Regierung Rajoy. Merkel äußerte aber zugleich Skepsis zum jüngsten Beschluss

der Europäischen Zentralbank (EZB), die den Weg für den Ankauf spanischer Staatsanleihen freimachte. Schritte der Geldwertstabilität könnten „politische Aktionen nicht ersetzen“, alle Länder müssten ihre „Hausaufgaben machen“. Berlin hatte sich stets gegen den EZB-Ankaufsplan ausgesprochen. Madrid sieht darin hingegen eine Chance, die Finanzmärkte zu beruhigen und wieder für akzeptable Zinsen Geld leihen zu können.

Ob diese Rechnung aufgeht, bleibt abzuwarten. Rajoy sagte, er wisse noch nicht, ob sein Land einen Hilfsantrag an den Euro-Rettungsfonds stellen werde. Man müsse die Beschlüsse der EZB erst genau prüfen. Unabhängige Analysten gehen davon aus, dass Spanien angesichts seiner großen Finanzierungsprobleme ohne europäische Rettungsoperation bald zahlungsunfähig sein wird.

Seit dem Zusammenbruch der Immobilienbranche im Jahr 2007 befindet sich Spanien auf Talfahrt: Die Wirtschaft schrumpft in 2012

voraussichtlich um 1,7 Prozent, die Arbeitslosenquote liegt bei 25 Prozent. Für die marode Bankenbranche musste Madrid bereits um einen europäischen Rettungskredit von 100 Milliarden Euro bitten. Der Staatshaushalt ist überschuldet, das Defizitziel für 2012 von 6,3 Prozent wird vermutlich verfehlt. Alle Sparpläne, Steuererhöhungen und Wirtschaftsreformen verbesserten die Lage bisher nicht spürbar, die Gewerkschaften drohen mit einem „heißen Herbst“ samt Generalstreik.

Immerhin hatte Merkel im Reisegepäck das Angebot, Spanien bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit helfen. In Spanien stehen, ähnlich wie in Griechenland, mehr als 53 Prozent der jungen Leute unter 25 Jahren auf der Straße; in Deutschland sind es nur acht Prozent. Die spanische Wirtschaft will deshalb die verschulte, praxisferne Berufslehre durch eine duale Ausbildung wie in Deutschland ersetzen. „Wir dürfen nicht akzeptieren, dass Jugendliche das Gefühl haben, in Europa keine Chance zu haben“, sagte Hans Heinrich Driftmann, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages, der mit Merkel angezweit war.

Zudem erneuerte Deutschland das Angebot, spanischen Fachkräften Jobs zu bieten. Bis zum Jahr 2025 werden in Deutschland drei Millionen Arbeitskräfte fehlen. Eine Chance für viele junge Spanier, die nun die Sprachschulen im Land stürmen und Deutsch büffeln. Zehntausende packten bereits die Koffer.

Deutschland ist mit Frankreich der wichtigste Wirtschaftspartner Spaniens. Mehr als 1100 deutsche Unternehmen sind in Spanien tätig. Knapp neun Millionen deutsche Touristen kamen 2011 ins Land. Annähernd 500 000 Deutsche leben ganz oder zeitweise in Spanien.

„Das wäre ein Tabubruch“

Ökonomenstreit über Auswirkungen eines Austritts Griechenlands

Von unserer Korrespondentin
Ulla Thiede

BERLIN. Die ungewisse Zukunft Griechenlands schürt die Spekulationen über ein Ausscheiden des Landes aus der Euro-Zone. Viele Ökonomen sind der Meinung, Griechenland sollte vorübergehend zur Drachme zurückkehren, um wieder international wettbewerbsfähig zu werden und so seine Zahlungsprobleme in den Griff zu bekommen.

Wirtschaftsprofessor Manfred Neumann von der Bonner Uni wirft der Bundesregierung vor, den Schritt aus politischen Gründen nicht aktiv zu betreiben. „Ich habe als einer der ersten gesagt, es geht nicht anders, die Griechen müssen aus der Euro-Zone raus“, erklärt er. „Die Transferunion würde auf Dauer teuer, wenn sie den Euro behalten.“

Eine zentrale Frage ist, was mit den griechischen Auslandsschulden passiert, die weiter in Euro bedient werden müssten. Da mit der Drachme eine massive Abwertung einhergehen würde, wäre der Schuldendienst nicht mehr möglich. Neumann beziffert die maximale Kreditsumme, für die die Steuerzahler in der Euro-Zone einstehen müssten, mit 300 Milliarden Euro. Der deutsche Anteil daran betrüge rund 90 Milliarden Euro. „Das sind 30 Prozent unseres Bundeshaushalts“, so Neumann. Auch Neumann räumt aber ein, dass die Gesamtauswirkungen eines Austritts aus dem Euro nicht zu beziffern sind. An diesem Punkt setzen denn auch alle Ökonomen an, die vor dem Verlassen der Euro-Zone warnen.

So erklärt der Volkswirt Fabian Lindner vom Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung der Hans-Böckler-Stiftung, dass durch die Abwertung der neuen Drachme – er schätzt eine



Vorwürfe an die Regierung: Manfred Neumann. FOTO: UNI-BONN

Größenordnung von 30 bis 40 Prozent gegenüber dem Euro – griechische Unternehmen reihenweise bankrott gehen. An Kredite kämen sie gar nicht mehr heran, weil die Banken nur Darlehen in Euro geben wollten. Womit aber sollten dann die Rohstoffe wie Öl, die alle importiert werden müssten, bezahlt werden? „Bei den Medikamenten hat Griechenland schon jetzt Probleme, dass sie nicht mehr geliefert werden, weil die Lieferanten fürchten, sie werden nicht bezahlt“, so Lindner.

Ein Argument für die Einführung der Drachme ist, dass die Produktionskosten durch niedrigere Löhne massiv gesenkt werden könnten und dadurch sowohl der Export als auch der Tourismus beflügelt würden. Der Ökonom Hans Peter Grüner von der Uni Mannheim sieht die Lohnsenkung allerdings bereits in vollem Gang: „In den zehn Jahren bis 2009 waren die Lohnstückkosten um 50 Prozent gestiegen. 20 Prozentpunkte werden sie nächstes Jahr schon wieder zurückgegangen

sein.“

„Es wird viel schlecht geredet“, erklärt Grüner, der überzeugt ist, dass die Griechen ihre Reformen bereits weiter umgesetzt hätten, als gewöhnlich berichtet werde. „Was dort passiert, ist beispiellos“, meint auch Lindner. Die griechische Regierung habe ihre Ausgaben wesentlich stärker gekürzt als Irland, Spanien und Portugal, die als Vorbilder gälten.

Strittig ist auch, wie sich ein Euro-Austritt auf die anderen Krisenländer auswirken würde. Neumann hält einen Domino-Effekt für nicht gegeben. „Die Zinsen für Staatsanleihen etwa Portugals dürften nur kurzfristig ansteigen. Aber da würde die Europäische Zentralbank eingreifen.“ Grüner ist überzeugt: „Das wäre ein Tabubruch.“ Die Finanzmärkte würden extrem nervös. „Wenn Griechenland austräte, müsste die Politik alles in Bewegung setzen, um die Märkte zu überzeugen, dass die Euro-Zone nicht auseinanderbricht.“

Ein Zusammenbruch der Einheitswährung wäre allerdings sehr schlimm, warnt Grüner.

Befangenheitsanträge

Kurz vor der Karlsruher Entscheidung über den Rettungsschirm sorgen Befangenheitsanträge gegen einen Verfassungsrichter in der Öffentlichkeit für Aufsehen. Die Anträge dürften jedoch keine Auswirkungen auf die Entscheidung über die Eilanträge gegen den ESM haben. Wie das Gericht bestätigte, sind zwei Befangenheitsanträge gegen den Richter Peter Huber eingegangen, der Berichterstatter in den Verfahren ist. dpa



Hilfe und lobende Worte: Kanzlerin Angela Merkel traf gestern Spanien Premier Mariano Rajoy. FOTO: AP

Seiten-Redaktion:
Frank Rintelmann